



Resolution – Entwurf -
zu beschließen bei 12. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-
25.-27.05.2018 Hansestadt Stralsund

Wir wollen ausbildungswillige Zuwanderer im Lande behalten.

„Die Schweriner SPD – Landtagsfraktion will ausbildungswillige in Mecklenburg-Vorpommern halten“.

Das Thema wurde auf der Klausurtagung der Landtagsfraktion vereinbart und einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht.

Das Thema wurde einem Treffen den Vertretern der MSO Mecklenburgischen Seenplatte mit dem Leiter des Petitionsausschusses der Fraktion, Herrn Manfred Dachner, gründlich besprochen.

Es wurde festgestellt: das Thema betrifft alle Zuwanderer, die in Mecklenburg – Vorpommern und in Deutschland leben.

Wir begrüßen die Initiative und aktive Arbeit der SPD- Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir dürfen nicht diejenigen Menschen bestrafen, die sich Mühe geben.

Wir fordern auf:

- Die rechtlichen Voraussetzungen für eine dreijährige Ausbildungsduldung müssen vorhanden sein. Nach der Ausbildung muss gesichert sein, dass die Menschen mindestens weitere zwei Jahre im Nordosten und in Deutschland arbeiten dürfen.
- Die Integrationsleistungen von Nicht-EU-Ausländern, die zum Beispiel aktiv Sprachkenntnisse erwerben und / oder Ausbildungsstellen suchen, müssen bei Verwaltungsentscheidungen anerkannt und honoriert werden.
- Die Abschiebungspraxis im Nordosten ist stärker an die Bedingungen des Arbeitsmarkts anzupassen, dies betrifft zum Beispiel Flüchtlinge, die in Bäckereien, der Pflege, Kliniken und generell in der Dienstleistungsbranche tätig sind. Oft betrifft es auch Berufe, für die deutsche Arbeitskräfte schwer zu finden sind.
Wenn sich Menschen integriert haben, sollte es einen Abschiebestopp geben.
- In der politischen Diskussion muss der in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland vorhandene und sich weiter verstärkende Mangel an Arbeitskräften stärker im Zusammenhang mit der Integration und der Abschiebep Praxis thematisiert und beachtet werden.
- In den verbleibenden Fällen, in denen Menschen nach Abwägung aller Gesichtspunkte Deutschland verlassen müssen, sollte grundsätzlich zunächst versucht werden, auf eine freiwillige Ausreise hinzuwirken. Dies ist gegenüber einer – oft mit traumatischen Erlebnissen verbundenen – Abschiebung zu bevorzugen.